

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verlagspreis für den Abnehmer: 30 Pfennige, für den Einzelkäufer: 35 Pfennige, für den Abnehmer: 30 Pfennige, für den Einzelkäufer: 35 Pfennige.

Telegramm: Kogebild Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Aue Leipzig Nr. 1000

Nr. 249 Sonnabend, den 22. Oktober 1932 27. Jahrgang

Wirtschaftsbelebung und Finanzwirtschaft

Reichsbankpräsident Dr. Luther über aktuelle Wirtschaftsprobleme

Der Wahlkampf beginnt

Hamburg, 20. Oktober. Reichsbankpräsident Dr. Luther hielt heute im Ueberseeklub Hamburg eine Rede über aktuelle Wirtschaftsprobleme. Er ging in seiner Ansprache von dem Wirtschaftsprogramm der Regierung aus und erklärte, was vor einem halben Jahr und auch vor Lauanus ein schwerer Winter gewesen wäre, sei heute Gebot der Stunde. Der große Schumpfungsweg habe, wie in der ganzen Welt, so auch in Deutschland, in der Hauptsache aufgehört. Das Wachstum des deutschen Ausbaus sei nicht beliebig gestiegen, sondern sich in bestimmten wirtschaftlichen Betrachtungen der Reichsregierung mit zahlreichem Erfolg zu Grunde, die auch als finanziell und kreditmäßig vertretbar erachtet werden dürften. Der Vorbereitung des Wirtschaftswegs würde am besten gelehrt werden, wenn die wirtschaftlichen, politischen und psychologischen Kräfte sich in der Unternehmung des Regierungsprogramms zusammenfänden. Das Programm, dessen Wirksamkeit sich über ein Jahr erstreckt, könne im Überhaupt jedes Programm

Kaufhandelsmonopols ein. Der Export von Rohstoffländern könne wohl durch ein derartiges Institut bewirkt werden, aber nicht der Export vielseitiger Qualitätsware, der nur durch die vielmehrige Feinarbeit privater Wirtschaftler Lebens aufrecht erhalten und vermehrt werden könne. Die Frage, ob es überhaupt möglich sei, von der Privatwirtschaft los zu kommen, beantwortete der Redner dahingehend, daß das höchste für eine Gesamtwirtschaft theoretisch vorstellbar sei, wie sie das russische System unternehme. Man müsse aber unterscheiden, daß die grundsätzliche planwirtschaftlichen Gedanken, die in Deutschland umgehen, noch nie zur Ausführung einer wirklichen Planung geführt hätten. Man könne eben nicht an Stelle der naturgewachsenen, verwickelten deutschen Wirtschaft ein theoretisches Zeugnis menschlichen Verstandes setzen.

Die politischen Parteien haben die Aufstellung ihrer Kandidatenlisten im großen und ganzen beendigt, der Wahlkampf wird nun in sein eigentliches Stadium treten. Bisher hat man davon nicht allzu viel gemerkt, selbst der mit viel Klatsch angelegte Deutschlandflug Adolf Hitlers ist keine Sensation mehr. Mag es ihm auch gelingen, immer noch Massen zusammenzutrommeln, so beweisen doch alle Wahlergebnisse der letzten Zeit, daß die Bewegung rückläufig geworden ist. Noch vor einigen Tagen berichteten seine Blätter von gewaltigen Kundgebungen in Oberfranken, was aber nicht hinderte, daß 48 Stunden später in dem Städtchen Gelnhausen, in dem Hitler angeblich vor 12000 gesprochen hat, der Stimmenverlust der Gemeindegewalt dieselben 25 Prozent erreichte, wie vorher in Odenhausen und Thüringen. Die Kommunisten und die Eisernen Front lassen es an Rührigkeit nicht fehlen, aber der eigentliche Kampf hat auch hier noch nicht eingesetzt. Das Zentrum hat durch die Rede von Raas in Münster eine Gegenwirkung gegen das erfolgreiche Aufstreben des Reichsanwalters von Wapen erfährt, der durch seine großen Reden in der westfälischen Hauptstadt und der alten Bischofsstadt Bielefeld gerade in rechtsstehenden katholischen Kreisen einen starken Eindruck hervorgerufen hatte. Die Reden von Raas, Stegwald und des früheren Ministers Brauns sind selbstverständlich auf Kampf gegen das jetzige Reichskabinett gerichtet, trotzdem hat es der kluge Zentrumsführer Raas für richtig gefunden, ein Dinterdärken offen zu halten. Er erhebt die Stimme, in der vier oder fünf entlassene Parteiführer das Schicksal Deutschlands in die Hand nehmen. Damit empfiehlt er sich den Nationalsozialisten für kommende Entwicklungen — aber nicht ihnen allein. Mag die Attacke gegen Herrn von Wapen noch so scharf geritten sein, man sieht doch aus der Rede des Zentrumsführers heraus, daß ihm bei der jetzigen Lage nicht ganz wohl ist und daß er Sorgen darüber empfindet, die Schlüsselstellung und damit die Macht des Zentrums zu verlieren. Die Politik der Verdärgerung, die man gegenüber dem Reichsanwalt betreiben hat, der es wagte, als Nachfolger Brüning zu erscheinen, hat sich als unglücklich erwiesen. Man wird wohl noch versuchen, die Jugkraft des Namens Brüning in Wahlversammlungen zu erproben, aber sonst macht man sich doch im Zentrum Gedanken darüber, wie es wieder seine alten Positionen einnehmen könnte.

nicht mit einem Schlage umfängende Wirkungen auslösen. Es kommt jetzt nicht an, Neues zu erfinden, sondern alle Tatkraft darauf zu verwenden, das nun auch schneidender ausgeführt werde, wozu durch Beschlüsse der Reichsregierung und Reichsbank die Grundlagen geschaffen seien. Außer der Festigkeit in der Durchführung des beschlossenen Programms brauche das Wirtschaftsleben zu seiner Erholung Ruhe und abermalige Ruhe. Dazu gehöre aber, daß auch das Gefühl gewählter Rechtschaffenheit wieder gewonnen werde. Vertrauen könne nur auf dem Boden der Rechtschaffenheit gedeihen. In diesem Zusammenhang ging der Redner auf die Frage der Zinsenkung ein und betonte, daß der niedrige Zins, der zur Festigung der deutschen Wirtschaft nötig sei, in dieser Hinsicht nur wirksam würde, wenn die Zinsenkung auf dem natürlichen Wege steigender Geld- und Kapitalmarkt komme. Zur Wiederherstellung von Vertrauen müßten aber auch alle Kräfte darauf gerichtet werden, die natürlichen Gesetze des Wirtschaftslebens wieder zu freier Geltung zu bringen. Dem Staate stehe die Sorge dafür zu, daß der Gedanke freier Wirtschaftstätigkeit sich nicht durch übertriebene Bindungen zu Zusammenhaltungen selbst festfahre.

Dr. Luther wandte sich im weiteren Verlauf seiner Rede gegen die Behauptung, daß die Reichsbank unter ausländischem Einfluß stehe und kein Instrument der Nationalwirtschaft sei. „Wie das ganze deutsche Volk wissen sollte“, so erklärte er dazu, „ist es ein ausländischer Einfluß seit dem Frühjahr 1930 nicht mehr. Das Bankgesetz, auf dem die Unabhängigkeit der Reichsbank beruht, ist ein deutsches Gesetz und für die Reichsbank bindend. Die für die Regierung bestehende internationale Verpflichtung, die wesentlichen Vorschriften des Bankgesetzes nicht abzuändern, wird mit der Ratifikation des Lausanner Abkommens hinfällig. Indem ich dies erwähne, unterlasse ich nicht, auszusprechen, daß nach meiner Überzeugung, je schwerer und ernster die Zeiten, umso notwendiger die Unabhängigkeit der Notenbank ist. Das ist eine Frage des Grundprinzips, da niemand weiß, welche Gefahren zu irgend einem Zeitpunkt der Notenbank und damit der Wahrung von einer funktionierenden Regierung oder einem Reichstag drohen könnten.“

Mit großer Zuversicht geben die Parteien der neuen Hindenburg-Front, unter denen sich diesmal auch die Deutschnationalen befinden, in die Wahlbewegung hinein. Deutsche Volkspartei und Deutschnationalen kämpfen gemeinsam für die Erhaltung der starken Autorität, die heute in Deutschland in der Person des Generalfeldmarschalls von Hindenburg vorhanden ist. Wenn es auch nicht möglich war, zur Vereinfachung des Programms der Reichsregierung einen neuen gemeinsamen nationalen Block zu schaffen, die Parteirückfälle fallen zu lassen, so zeigt sich doch der gemeinsame Wille in dem wahltechnischen Zusammengehen zwischen der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen. Selbstverständlich bleiben auch hier Meinungsverschiedenheiten bestehen, die sich nicht nur in der Frage der Kontingenterpolitik äußern. Gemeinsam aber ist der Kampf für das Programm des Reichskabinetts und für die Gedanken der kommenden großen Reform, die dazu dienen soll, das Verfassungsleben in Deutschland wieder auf gesunde Grundlagen zu stellen. Wenn der mehr konservative und agrarische Teil der nationalen Wählererschaft sich um die Deutschnationalen Volkspartei in diesem Kampfe sammelt, so gruppiert sich auf der anderen Seite um die Deutsche Volkspartei der nationale und liberale Flügel des Bürgertums, um dem gemeinsamen Ziele alle Stoßkraft zu verleihen.

Dr. Luther wandte sich im weiteren Verlauf seiner Rede gegen die Behauptung, daß die Reichsbank unter ausländischem Einfluß stehe und kein Instrument der Nationalwirtschaft sei. „Wie das ganze deutsche Volk wissen sollte“, so erklärte er dazu, „ist es ein ausländischer Einfluß seit dem Frühjahr 1930 nicht mehr. Das Bankgesetz, auf dem die Unabhängigkeit der Reichsbank beruht, ist ein deutsches Gesetz und für die Reichsbank bindend. Die für die Regierung bestehende internationale Verpflichtung, die wesentlichen Vorschriften des Bankgesetzes nicht abzuändern, wird mit der Ratifikation des Lausanner Abkommens hinfällig. Indem ich dies erwähne, unterlasse ich nicht, auszusprechen, daß nach meiner Überzeugung, je schwerer und ernster die Zeiten, umso notwendiger die Unabhängigkeit der Notenbank ist. Das ist eine Frage des Grundprinzips, da niemand weiß, welche Gefahren zu irgend einem Zeitpunkt der Notenbank und damit der Wahrung von einer funktionierenden Regierung oder einem Reichstag drohen könnten.“

Dr. Luther wandte sich im weiteren Verlauf seiner Rede gegen die Behauptung, daß die Reichsbank unter ausländischem Einfluß stehe und kein Instrument der Nationalwirtschaft sei. „Wie das ganze deutsche Volk wissen sollte“, so erklärte er dazu, „ist es ein ausländischer Einfluß seit dem Frühjahr 1930 nicht mehr. Das Bankgesetz, auf dem die Unabhängigkeit der Reichsbank beruht, ist ein deutsches Gesetz und für die Reichsbank bindend. Die für die Regierung bestehende internationale Verpflichtung, die wesentlichen Vorschriften des Bankgesetzes nicht abzuändern, wird mit der Ratifikation des Lausanner Abkommens hinfällig. Indem ich dies erwähne, unterlasse ich nicht, auszusprechen, daß nach meiner Überzeugung, je schwerer und ernster die Zeiten, umso notwendiger die Unabhängigkeit der Notenbank ist. Das ist eine Frage des Grundprinzips, da niemand weiß, welche Gefahren zu irgend einem Zeitpunkt der Notenbank und damit der Wahrung von einer funktionierenden Regierung oder einem Reichstag drohen könnten.“

Dr. Luther wandte sich im weiteren Verlauf seiner Rede gegen die Behauptung, daß die Reichsbank unter ausländischem Einfluß stehe und kein Instrument der Nationalwirtschaft sei. „Wie das ganze deutsche Volk wissen sollte“, so erklärte er dazu, „ist es ein ausländischer Einfluß seit dem Frühjahr 1930 nicht mehr. Das Bankgesetz, auf dem die Unabhängigkeit der Reichsbank beruht, ist ein deutsches Gesetz und für die Reichsbank bindend. Die für die Regierung bestehende internationale Verpflichtung, die wesentlichen Vorschriften des Bankgesetzes nicht abzuändern, wird mit der Ratifikation des Lausanner Abkommens hinfällig. Indem ich dies erwähne, unterlasse ich nicht, auszusprechen, daß nach meiner Überzeugung, je schwerer und ernster die Zeiten, umso notwendiger die Unabhängigkeit der Notenbank ist. Das ist eine Frage des Grundprinzips, da niemand weiß, welche Gefahren zu irgend einem Zeitpunkt der Notenbank und damit der Wahrung von einer funktionierenden Regierung oder einem Reichstag drohen könnten.“

Zu den Kontingenzfragen
Übergehend sagte Dr. Luther, daß die Gesamtsituation, in der die jetzigen Überforderungen dieser Materie entstanden seien, nicht etwa durch Deutschland, sondern durch die handelspolitischen Maßnahmen des Auslandes hervorgerufen worden sei. Grundätzlich sei aber zu diesen handelspolitischen Problemen erneut zu sagen, daß das deutsche Volk parallel mit der Industriekollapsierung zu seiner jetzigen Einwohnervorgang angewachsen sei. Die deutschen industriellen Anlagen seien größtenteils auf die Produktion von Exportartikeln eingerichtet. Die der Binnenmarkt nicht oder teilsfalls in der gleichen Menge gedrehten könne. Eine Umstellung der Industrie auf die Bedürfnisse des Binnenmarktes würde infolgedessen eine Krise hervorrufen, nach der Deutschland jetzt kein Bedauern haben sollte. Für die praktisch absehbare Zukunft müsse damit gerechnet werden, daß weiteres Abfluten der Ausfuhr neue Erweiterungsfähigkeit und neue Entwertung deutschen Volkseinkommens bedeute. Der Markt für ausländische und inländische Erzeugnisse hänge so innig zusammen, daß man nicht einen Teil zerstören könne, ohne den anderen mit zu zerstören.
Der Redner ging dann auf die Frage eines haarklich gesteuerten

Probleme der Kreditwirtschaft
Er betonte u. a., daß es keinen anderen objektiven Maßstab für die Kreditgewährung im großen und ganzen als die objektive wirtschaftliche Fälligkeit der Kreditfähigkeit. Die von der Reichsbank immer für richtig gehaltene Forderung, die von der Reichsbank repräsentieren, bedeute deshalb für die Gegenwart besonders, daß Reich und Goldbank keine Maßnahmen ergreifen dürften, die die Anwendung privatrechtlicher Vorschriften auf Entscheidungen über Kreditgewährung in Frage stellen. Wohl aber sei es Aufgabe des Reiches und der Reichsbank, dafür zu sorgen, daß unter Beachtung aller Sicherheitsansprüche der Einleger die Bankarbeit nicht in übertriebener Liquiditätsmäßigkeit verharre, sondern innerhalb des großen Aufbauprogramms der Reichsregierung positiv mitzuschwinge.
Zum Schluß seines Vortrages kam der Redner auf die Frage der Reichsreform zu sprechen. Reichsreform, so erklärte er, bedeute, daß die Selbstverwaltung des Volkes einen Staatsaufbau vorfinde, der nicht nur die freie Entscheidungsmöglichkeit, sondern auch staatspolitische Hemmnisse für ein Uebermaß der Parteistrukturen vorsehe. Wenn ein innerlich erstarktes Reich die Zweckmäßigkeit mit Preußen überwinden habe, dann werde gerade auf dieser Grundlage am besten das freie Eigenleben der Länder sich neu entfalten. „So wird“, schloß Dr. Luther, „die durchgeführte Reichsreform Deutschland nicht nur kräftiger machen, sondern auch dazu mitwirken, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit Brot und Freiheit hat.“

Was würde Frankreich tun, wenn Deutschland wieder aufrüstet?
Herriot's Antwort im Kammerauschuß
Paris, 20. Oktober. Wie „Populaire“ berichtet, soll der radikale Abgeordnete und Blingmeister von Rouen, Herriot, im Verlauf der gestrigen Sitzung des Kammerauschusses für auswärtige Angelegenheiten den Ministerpräsidenten Herriot die Frage vorgelegt haben: „Was würden Sie tun, wenn Deutschland wieder aufrüstet?“ Herriot soll darauf geantwortet haben: „Die Regierung würde den internationalen Geisteshauch im Haag mit der Verletzung des Versailles Vertrages durch Deutschland bestrafen.“
Darauf soll Herriot die weitere Frage gestellt haben: „Wenn

Die kommunalen Schatzanweisungen

Berlin, 20. Oktober. Der Deutsche Städtetag teilt mit Ueber die Regelung der kommenden künftigen Schatzanweisungen. In den Verhandlungen beim Deutschen Städtetag mit Vertretern der hauptsächlich beteiligten Städte Frankfurt/Main, Köln, Berlin, Braunschweig, Dresden und Heidelberg stattgefunden. Es ist festgestellt worden, daß die Schuldverhältnisse, deren Schatzanwei-

lungen zunächst fällig werden, den durch die Notverordnung vom November 1931 eröffneten Weg beschreiten und eine Gläubigerverkündung zu dem frühestmöglichen Termin einberufen haben. Die künftige Uebernahme besteht unter den Städten darüber, daß von ihnen alle Anstrengungen gemacht werden müssen, um eine alle Teile befriedigende Lösung der Schatzanweisungsfrage herbeizuführen.

lungen zunächst fällig werden, den durch die Notverordnung vom November 1931 eröffneten Weg beschreiten und eine Gläubigerverkündung zu dem frühestmöglichen Termin einberufen haben. Die künftige Uebernahme besteht unter den Städten darüber, daß von ihnen alle Anstrengungen gemacht werden müssen, um eine alle Teile befriedigende Lösung der Schatzanweisungsfrage herbeizuführen.